

Antrag

der SPD-Fraktion

der Fraktion DIE LINKE

der CDU-Fraktion

Perspektiven für die Lausitz

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

Die Lausitz ist ein Wirtschafts- und Lebensraum mit einer gemeinsamen kulturhistorischen Identität. Sie wird unabhängig von der Zugehörigkeit zum Freistaat Sachsen oder zum Land Brandenburg in ihrer Gesamtheit von den Menschen als Heimat wahrgenommen. In der Mitte von Europa und als Teil der Hauptstadtregion, umgeben von den Zentren Dresden, Leipzig, Poznań, Wrocław und Praha bietet sich die Chance, die Lausitz durch eine ganzheitliche Wahrnehmung als Region stärker zu positionieren.

In den vergangenen 20 Jahren hat sich die Lausitz erfolgreich einem gravierenden Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft gestellt. Nach wie vor steht sie vor großen wirtschaftlichen, sozialen und demografischen Herausforderungen. Im europäischen Wettbewerb der Regionen um Fachkräfte, Technologien, Innovationen und natürliche Ressourcen muss sich die Lausitz auf eine nachhaltige Entwicklung ausrichten.

Derzeit leben in der Lausitz in Brandenburg und Sachsen über 1 Million Menschen. In den kommenden zwei Jahrzehnten wird die Einwohnerzahl nach den vorliegenden Prognosen um etwa 20 Prozent zurückgehen. Damit wird ein deutlicher Rückgang der Personen im erwerbsfähigen Alter verbunden sein.

Gleichzeitig bieten sich Chancen:

- Die Akteure der Lausitz übernehmen Verantwortung für ihre Region und finden auf neue Herausforderungen immer wieder innovative Antworten. Viele in der Lausitz nutzen ihre fachlichen Kompetenzen und die neuen Möglichkeiten, um sich eigene Existenzen aufzubauen und industrielle Kapazitäten auf neuer technologischer Grundlage zukunftsfähig zu machen.

Es gab beispielhafte Initiativen zur Bewältigung des Strukturwandels, wie zum Beispiel die Internationale Bauausstellung mit der Verwirklichung der Idee einer Lausitzer Seenkette.

- Als traditionelle Energieregion trägt die Lausitz eine große Verantwortung für eine leistungsstarke, sichere und zukunftsfähige Energieversorgung in Deutschland und in Europa. Die Energiewende ist eine Chance für die Lausitz. Die heimische Braunkohle wird bei der Energiewende solange eine wichtige Rolle als Brückentechnologie spielen, bis der Industriestandort Deutschland seinen Energiebedarf sicher und zu international wettbewerbsfähigen Preisen aus erneuerbaren Energien decken kann.

II. Der Landtag bittet die Landesregierung,

gemeinsam mit der Regierung des Freistaates Sachsen die Arbeit in folgenden Themenfeldern fortzusetzen sowie Maßnahmen zu ergreifen und zu unterstützen, die die Entwicklung der Lausitz als länderübergreifende Region politisch, wirtschaftlich, sozial und kulturell betreffen:

1. Wirtschaft und Infrastruktur:

- Abstimmung und Koordinierung der Wirtschaftsförderung insbesondere bei grenzüberschreitenden Projekten zwischen dem Land Brandenburg und dem Freistaat Sachsen sowie zwischen den Lausitzer Landkreisen und der kreisfreien Stadt Cottbus:

Die Lausitzer Landkreise und die kreisfreie Stadt Cottbus werden gebeten, ihre Wirtschaftsförderung länderübergreifend stärker zu koordinieren. Die Durchführung gemeinsamer Sitzungen der Wirtschaftsausschüsse des Brandenburger Landtages und des Sächsischen Landtages kann diese Bemühungen unterstützen.

- Gemeinsame Vermarktung, Ansiedlung, Unternehmensentwicklung und Sicherung von Fachkräften für die Lausitzregion:

Von brandenburgischer Seite sind dabei das bestehende Netzwerk „Fachkräftesicherung“, das Regionalbüro für Fachkräftesicherung der LASA Brandenburg GmbH die vorhandenen ESF- und EFRE-geförderten Beratungsangebote im Bereich der Existenzgründung und die Möglichkeiten der Innovationsstrategie des Landes Brandenburg zu nutzen.

- Erarbeitung eines zukunftsfähigen länder- und kreisübergreifenden gemeinsamen Mobilitätsplans für Bahn und Straße, in dem auch die Verbindungen mit der Republik Polen und der Tschechischen Republik und die infrastrukturelle Erschließung der Lausitzer Industriegebiete berücksichtigt werden.
- Entwicklung und gemeinsame Vermarktung des Lausitzer Seenlandes.

2. Fachkräftesicherung und starke Sozialpartnerschaft:

- Starke Sozialpartner sind die Voraussetzung für gute Löhne. Die Lausitz hat als Niedriglohnstandort keine Chance. Gute Löhne für gute Arbeit sind eine wichtige Voraussetzung, damit Fachkräfte in der Lausitz gehalten oder in die Lausitz zurückgeholt werden können. Dies gilt für die strukturbestimmenden Unternehmen ebenso wie für den breiten Sektor der Dienstleistungen, der in der Lausitz an Gewicht gewinnt. Gemeinsam mit den Sozialpartnern sollten die Regierungen beider Länder entsprechende Veränderungen anstreben.
- Bei der Förderung der Aus- und Weiterbildung in der Region sind die vorhandenen Potentiale länderübergreifend zu nutzen. Bestehende Initiativen wie beispielsweise im Gesundheits- und Pflegebereich und noch entstehende Fachkräfteinitiativen von kleinen und mittelständischen Unternehmen sind zu unterstützen.
- Langzeitarbeitslose sollen auch im Rahmen der Fachkräftesicherung Chancen erhalten.
- Die guten Beispiele der Lausitzer Unternehmen und Schulen hinsichtlich der beruflichen Frühorientierung sind zu stärken und länderübergreifend auszubauen.
- Absolventinnen und Absolventen von Hochschulen in der brandenburgischen und sächsischen Lausitz sind durch geeignete Netzwerke frühzeitig in die Unternehmen einzubinden (Praktika, Semester- oder Masterarbeiten) und in der Region zu halten. Darüber hinaus sind Angebote zu unterstützen, die darauf abzielen, Fachkräfte in die Lausitz zurückzuholen.

3. Die Lausitz als Energieregion stärken:

- Zusammenarbeit bei der Gestaltung der Energiewende, insbesondere beim Ausbau und bei der Systemintegration Erneuerbarer Energien sowie bei den mit der Braunkohle als Brückentechnologie verbundenen Aufgaben:
Die zentralen Inhalte des energiepolitischen Zielvierecks der Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg, bestehend aus Wirtschaftlichkeit und Bezahlbarkeit, Umwelt und Klimaverträglichkeit, Versorgungssicherheit und weitgehende Akzeptanz der Bevölkerung, sollen berücksichtigt werden.
- Initiativen wie die Energieregion Lausitz-Spreewald sollen eine aktivere Rolle spielen und sich in der Gesamtregion profilieren.
- Der Dialog mit den von Tagebauen betroffenen Bürgerinnen und Bürgern ist weiterzuführen.
- Die Forschung, Entwicklung und Nutzung von Energietechnologien ist in der Region zu koordinieren.

4. Finanzierung der Braunkohlesanierung :

- Die Probleme in der Region wie der Grundwasseranstieg und eine erhöhte Zahl von Grundbrüchen müssen stärker berücksichtigt werden.
- Mit der Fortführung des Verwaltungsabkommens zur Braunkohlesanierung muss der Schutz von Menschen und Gütern in der Region vor anderen Maßnahmen bei der Tagesbaurekultivierung weiter an Gewicht gewinnen.

- Es ist zu prüfen, inwieweit die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH verstärkt für die Finanzierung der FuE-Forschung bzgl. der Braunkohlesanierung in Verantwortung genommen werden kann.

5. Profilierung der Wissenschaftslandschaft:

- Die Hochschulen in der brandenburgischen und sächsischen Lausitz werden in ihren Bemühungen gestärkt, länderübergreifend mit regionalen und internationalen Unternehmen zu kooperieren sowie Studierende aus dem In- und Ausland anzuziehen.
- Die wissenschaftlichen Einrichtungen in der Region schärfen ihr Profil, stimmen es aufeinander ab und entwickeln es im Kontext der nationalen und internationalen Wissenschaftslandschaft weiter.
- Die Potentiale von Forschung und Entwicklung werden entsprechend den Erfordernissen der Region, unter Beachtung des Bedarfs der regionalen Unternehmen und hinsichtlich der industriellen Entwicklung der Lausitz stärker ausgeschöpft. Neue Ansiedlungen sollen dazu beitragen, die regionale Wertschöpfung der Unternehmen zu steigern. Die Etablierung weiterer ggf. auch grenzüberschreitender Forschungseinrichtungen ist zu prüfen.
- Die Ausbildung in den Bereichen Soziale Arbeit, Gesundheit und Pflege in der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg bietet eine weitere Möglichkeit für die Profilierung der Lausitz.
- Im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen dem Land Brandenburg und dem Freistaat Sachsen wird die Landesregierung beauftragt, alle wesentlichen Verwaltungsfragen zum länderübergreifenden Besuch von Kindertagesstätten und Schulen mit der Landesregierung des Freistaates Sachsen abzustimmen.

6. Zusammenarbeit der beiden Bundesländer mit der Republik Polen sowie der Tschechischen Republik:

- Die Zusammenarbeit der beiden Länder mit der Republik Polen sowie der Tschechischen Republik ist insbesondere bei der Abstimmung der Maßnahmen zum Hochwasser-, Brand- und Katastrophenschutz zu intensivieren.
- Die grenzüberschreitenden Aktivitäten der Lausitzer Landkreise und der kreisfreien Stadt Cottbus mit den Nachbarwoiwodschaften und -bezirken sind stärker zu verzahnen.
- Es wird angeregt, die Zusammenarbeit der Partnerschaftsbeauftragten des Landes Brandenburg und des Verbindungsbüros des Freistaates Sachsen in Wrocław enger zu gestalten.

7. Zivilgesellschaft und Kampf gegen Rechtsextremismus:

- Eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Brandenburg und Sachsen ist insbesondere beim Kampf gegen Rechtsextremismus notwendig. Die bestehenden Initiativen gegen Rechtsextremismus müssen besser

miteinander vernetzt werden.

8. Bewahrung und Weiterentwicklung der sorbischen/wendischen Kultur und Sprache:

- Das sorbische/wendische Kita- und Schulnetz in der Lausitz muss abgestimmt entwickelt werden. Gesammelte Erfahrungen bei der Umsetzung des Witaj-Projekts und des 2plus-Konzepts sollen in stärkerem Maße zwischen den Ländern und Kommunen ausgetauscht und für die gesamte Lausitz nutzbar gemacht werden.
- Die Länder unterstützen gemeinsam „Sprachräume“ zur praktischen Anwendung der niedersorbischen und der obersorbischen Sprache im Alltag, zum Beispiel in der öffentlichen Verwaltung, bei Gerichten und in der Zivilgesellschaft.
- Die Förderung der Stiftung für das sorbische Volk wird zusammen mit dem Bund als gemeinsames Anliegen des Landes Brandenburg und des Freistaates Sachsen fortgesetzt.

9. Gewässer- und Hochwasserschutz:

- Das gemeinsame Gewässermanagement und der Hochwasserschutz an Spree, Neiße und Schwarzer Elster sind auszubauen.
- Dem Schutz der Fließgewässer, insbesondere der Spree, und des UNESCO-Biosphärenreservates Spreewald vor Eisenhydroxid- und Sulfateintrag ist ein hoher Stellenwert beizumessen. Durch kurzfristige Pilotvorhaben und Sofortmaßnahmen soll die weitere „Verockerung“ reduziert werden. Eine stärkere und ggf. auch länderübergreifende Koordinierung der Aktivitäten ist umzusetzen. Die Information der Öffentlichkeit ist durch einen regelmäßig tagenden „Runden Tisch“ zu gewährleisten.

10. Grenzkriminalität:

- Bei der Verbrechensbekämpfung soll die Zusammenarbeit zwischen dem Land Brandenburg, dem Freistaat Sachsen und der Republik Polen intensiviert werden:
Für eine nachhaltige Bekämpfung der grenzüberschreitenden Eigentums- und Kfz-Kriminalität sowie der Drogenkriminalität ist eine Betrachtung des gemeinsamen kriminalgeografischen Raumes erforderlich.
- In den Grenzregionen kommt es in besonderer Weise auf eine enge, unkomplizierte und schnelle Zusammenarbeit der Polizei der Länder und des Bundes und aller Strafverfolgungsbehörden an. Daher kann ein wirksames Vorgehen nur gemeinsam erfolgen.
Dazu bedarf es eines abgestimmten und wahrnehmbaren Maßnahmenbündels in repressiver und präventiver Art und Weise, das eine intensive und kooperative nationale sowie internationale Zusammenarbeit gewährleistet.
- Der Missbrauch des Themas durch Rechtsextremisten erfordert eine

gesamtgesellschaftliche Reaktion.

In den kommenden Jahren muss die öffentliche Diskussion über die Zukunft der Lausitz aktiv geführt werden. Es wird angeregt, unter dem Vorsitz der Wirtschaftsinitiative Lausitz e.V. eine Lausitz-Konferenz zu initiieren, die sich umfassend mit der Entwicklungsperspektive der Region in den nächsten Jahren befasst und Lösungsvorschläge erarbeitet. An der Lausitz-Konferenz sollen die Landkreise Bautzen, Elbe-Elster, Görlitz, Oberspreewald-Lausitz, Spree-Neiße und die kreisfreie Stadt Cottbus mitwirken.

Begründung:

Das Land Brandenburg bekennt sich zur Bedeutung der Lausitz und einer engen Zusammenarbeit mit dem Freistaat Sachsen, mit der Republik Polen und der Republik Tschechien. Der Strukturwandel muss aktiv gestaltet werden, damit die Menschen in der Region insbesondere unter den Herausforderungen des demografischen Wandels eine langfristige Entwicklungsperspektive sehen und der Beitrag der Lausitz für die Gesamtentwicklung des Landes nachhaltig gesichert wird. Es ist wichtig und notwendig, dass alle politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteure der Lausitz eng zusammenarbeiten. Die Prozesse der regionalen Selbstorganisation werden von den Bundesländern flankiert und gemeinsam unterstützt. Die von der Wirtschaftsinitiative Lausitz (WiL) angestoßene Diskussion über neue Akzente der Zusammenarbeit ist dafür eine wichtige Grundlage.

für die SPD-Fraktion

für die Fraktion DIE LINKE

für die CDU-Fraktion

Ralf Holzschuher

Christian Görke

Dieter Dombrowski

Fraktionsvorsitzender

Fraktionsvorsitzender

Fraktionsvorsitzender